

Der Widerstand gegen den Tiefbahnhof Stuttgart 21 (S21) und gegen die Hochgeschwindigkeitsstrecken

Verf. Elsbeth + Reinhard: "*stuttgart ist überall*"

Wir leisten Widerstand,

1. weil der Tiefbahnhof für Stuttgart ein unnützes und schädliches Megaprojekt ist,
2. weil behauptet wird, er sei für die Anbindung an die so genannte Magistrale Stuttgart-Budapest notwendig,
3. weil er gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung gebaut wird,
4. weil er mit allen Machtmitteln, bis zur brutalen Gewalt, durchgesetzt wird.

Stuttgart liegt im Tal eines Nebenflusses zum Neckar und ist die zweite Mineralwasserstadt Europas. Mehrere Kilometer Schlosspark sind die „grüne Lunge“, der Stadt. Der zu Anfang des 20. Jahrhunderts mitten in der Stadt gebaute Kopfbahnhof, ist der pünktlichste in ganz Deutschland und bietet den Fahrgästen optimale Anschlüsse zwischen Regional- und Fernverkehr, ist bürgerfreundlich und behindertengerecht. Wir wollen diesen Bahnhof modernisieren, nicht abreißen.

Die große Grundfläche des Bahnhofsgeländes mitten in der Stadt erregte 1994 die Begierde von Stadplanern, Immobilienwirtschaft, Bau- und Abrissfirmen, Banken und ihrem Gefolge. Der von Bund, Land und Stadt beschlossene Tiefbahnhof „S 21“ erhält die Bahnhofshalle als Einkaufsmeile, verläuft aber unter dem jetzigen Bahnhof und dem Schlosspark. Ein bedeutender Teil der bis zu 300 Jahre alten Bäume im Schlosspark soll dem Bahnhof weichen. Im Bahnhof soll es statt bisher 17 Gleisen mit 9 Bahnsteigen nur noch 8 Gleise mit 4 zu engen Bahnsteigen mit gefährlichem Gefälle. Die Nachteile für sind offensichtlich; viele Pendler und Behinderte werden auf das Auto umsteigen. Für die 15-20 jährige Bauzeit wird die Innenstadt zur einer emissionsintensiven Baustelle und verschiedene gesetzliche Regelungen wurden dazu außer Kraft gesetzt oder werden illegal übergangen. Das Grundwasser neben den verbliebenen Bäumen im Schlosspark muss abgepumpt werden. Die Druckverhältnisse auf das Tiefengestein verändern sich, so dass Mineralwasser unwiderruflich unbrauchbar werden kann.

Der Finanzierungsvertrag von Bund, Land und Bahn sieht als Obergrenze Kosten von 4,5 Milliarden vor, wogegen die Experten der Gegner dagegen bis zu 8,2 Milliarden berechneten. Seitdem stellt sich die Frage, warum solche Unsummen von Steuergeldern zum Nachteil der Bürger verplant werden, und wie eine andere Politik möglich werden kann.

Schon ab 1995 organisierte sich der Widerstand. Seit November 2009 gibt es allwöchentlich Montagsdemonstrationen vor dem Bahnhof, Großdemonstrationen, Infoveranstaltungen und kulturelle Protest-Aktivitäten aller Art und der „Schwabenstreich“ aller S 21-Gegner beleben seitdem Stuttgart und die ganze Region. Seit dem Sommer belagerten aktive Parkschützer Tag und Nacht den gefährdeten Park mit seinen alten Bäumen.

Die städtischen Polizisten wurden mit immer größeren Einheiten auswärtiger Polizei verstärkt. Eine schleichende Kampagne der individuellen Einschüchterung und Kriminalisierung durch unglaubliche Anklagen und Prozesse wegen Verletzung des Versammlungsrechts und Beschneidung der freien Meinungsbildung begann.

Am 30. September 2010 ging die Polizei viele Stunden lang mit Wasserwerfern, Pfefferspray und Schlagstöcken gegen über 1000 friedliche Schüler und Bürger vor. Rund 400 Personen wurden zum Teil schwer verletzt, ein Mann verlor sein Augenlicht. In Stuttgart gingen 100 000 auf die Straße.

Im November wurde durch Herr Geißler (CDU) mit viel Medienrummel eine „Schlichtung“ durchgeführt, der die breite Empörung dämpfen konnte. Die neuen rot-grünen Regierungsparteien vertreten bei S 21 gegensätzliche Meinungen und versprechen einen Volksentscheid. Mit den Erwartungen an die neue Regierung und an den „Faktencheck“ wurde der Widerstand jedoch weiter gedämpft. Eine umfassende Medienhetze gegen die Gegner von S 21 begann.

Die Bahn hielt die versprochene Unterbrechung der Bauarbeiten nicht ein. Wütend beseitigten im Juni Hunderte von Montagsdemonstranten spontan einen Teil des Zauns vom Grundwassermanagement; ein verdeckter, bewaffneter Polizist wurde entlarvt und verprügelt. Dies war gefundenes Fressen für eine breite Verunglimpfung des Widerstands, und löste eine große Debatte über „Gewalt“ und über „legalen“ oder „legitimen“ Widerstand aus.

Der „Faktencheck“, die Fortsetzung der Schlichtung, wieder unter Geißlers Moderation, endete für die Bahn natürlich positiv. Dadurch wurde der Widerstand bei den Montagsdemonstrationen wieder stärker.

Der Widerstand ist entschieden und ungebrochen und wir stellen uns darauf ein, dass wir einen langen Atem haben müssen.

Vom Forum im Susatal erhoffen wir uns Stärkung durch die Erfahrungen anderer, durch ihre Solidarität und durch inhaltliche Diskussionen.